

Grüne in Bielefeld: Bezahlkarte für Asylbewerber abgelehnt

Die Bielefelder Grünen lehnen Bezahlkarte für Asylbewerber ab. Erfahre, warum diese Entscheidung gefallen ist und wie sie die Selbstbestimmung geflüchteter Menschen betrifft.

Die Ablehnung der Bezahlkarte für Asylbewerber durch die Bielefelder Grünen

Die Bielefelder Grünen haben sich auf ihrer Mitgliederversammlung entschieden gegen die Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber ausgesprochen. Dieser Beschluss wurde aufgrund der Bedenken hinsichtlich der massiven Einschränkungen der selbstbestimmten Lebensführung von geflüchteten Menschen gefasst. Die Grünen betonten, dass die Asylbewerber aus Angst vor Krieg und Verfolgung in ihre Region fliehen und ihnen nun durch die Bezahlkarte diese Angst vor Beeinträchtigung ihrer Würde genommen werden sollte.

Die Grünen argumentierten, dass die Einführung einer Bezahlkarte eine degradierende Maßnahme sei, die die betroffenen Personen entmündigen würde. Sie bezeichneten diese Politik als unwürdig und rein symbolisch, was letztendlich den rechtsextremen Kräften in die Hände spiele.

Die Debatte über die Bezahlkarte für Asylbewerber wurde vom Treffen der Innenminister der Länder am 20. Juni in Potsdam angestoßen. Die Minister sprachen sich für die Einführung einer Bezahlkarte aus, die eine Obergrenze von 50 Euro Bargeld für Asylbewerber festlegt.

Diese Entscheidung der Bielefelder Grünen unterstreicht die Bedeutung der Wahrung der persönlichen Würde und Freiheit für geflüchtete Menschen. Die Ablehnung der Bezahlkarte zeigt auch, wie politische Maßnahmen, die als kontrollierend empfunden werden, zu negativen Reaktionen und einer Spaltung der Gesellschaft führen können.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de